

Der Vater aller politischen Idioten in diesem Land

Horst Seehofer (CSU), gegenwärtiger Innenminister der Bundesrepublik Deutschland, hatte sich im Frühsommer bekanntlich besonders beliebt gemacht durch seine aggressiv-kompromisslose Kampagne um die Asylfrage. Die gerade erst unter so schwierigen Verhandlungen zustande gekommene Bundesregierung brachte er damit in Bedrängnis, weil dieser fraktionsinterne Streit das Damoklesschwert der Spaltung über den Schwesterparteien CDU und CSU baumeln ließ. Durch diese erneute Zurschaustellung exekutiver Handlungsunfähigkeit auf oberster Ebene fühlten sich die Befürworter einer vermeintlichen nationalen Selbstbestimmung, vertreten durch die heilsbringende AfD und zu erkennen an „Wir sind das Volk“- und „Merkel muss weg“-Rufen, bestätigt in ihrem Eindruck, von „Volksverrätern“ fremdregiert zu werden, die keinen Sinn und kein Empfinden für die Bedürfnisse des deutschen Michel haben. Wie Horst Seehofer die Abwanderung der Wähler von rechts (CDU/CSU) nach rechts außen (AfD) mit dieser Aktion stoppen wollte, schien den Beobachtern nicht aufzugehen, kein guter Schachzug von Horst.

Umso erfreulicher für ihn ist es, dass Horst Seehofer jetzt zu seiner alten demagogischen Form zurückzufinden scheint. In einem aktuellen Zeitungsinterview mit der Rheinischen Post, das seine Ministeriumsmitarbeiter gleich pflichtgemäß auch auf der offiziellen Internetseite des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat veröffentlichten, bezeichnet er „die Migrationsfrage“ als „die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land.“¹ Dass er sich damit argumentativ mehr als nur weit aus dem Fenster lehnt, dürfte nicht nur seinen Gegnern und Gegnerinnen, sondern auch ihm selber und vielleicht sogar seinen Fans klar sein. Aber mit großen Worten und Gefühlen Menschen zu beeinflussen ist leider nichts Neues. Die subjektiven Gefühle und Bedürfnisse ausgewählter Gruppen als objektive Argumente für knallharte Politik ins Feld zu führen ist eine Spezialität der Konservativen und Rechten dieser Welt. Deswegen klingt es auch vollkommen aufrichtig, wenn Horst Seehofer zusätzlich behauptet, dass er sehr gut verstehen kann, wenn die Bevölkerung von Chemnitz aus Empörung über „ein brutales Tötungsdelikt“ auf die Straße geht. Er wäre auch gerne in seiner Funktion als Staatsbürger mitgekommen, aber leider hinderte ihn ja sein Ministeramt daran... Seltsam nur, dass bei mehreren Tötungsdelikten pro Tag auf dem Gebiet der Bundesrepublik so selten die Bevölkerung aus Empörung eine Demonstration durchführt, und wenn es passiert, dann, wenn ein „Nichtdeutscher“ einen „Deutschen“ umbringt und das in einem Gebiet, das bekannt dafür ist, einen überdurchschnittlichen Bevölkerungsanteil mit rechtem bis rechtsextremen Weltbild zu haben, aber „man muss aufpassen, ganze Landstriche an den Pranger zu stellen.“ Weitere Kommentare dazu sind hier nicht zielführend, auf dem Andenken und Schicksal der Beteiligten oben genannten Tötungsdeliktes haben schon genug Menschen herumgetrampelt.

Laut Horst Seehofer ist die metaphorische die Mutter, also der Ursprung aller Probleme dieses Landes, die Migrationsfrage, das behauptete er schon „seit drei Jahren!“ Mal abgesehen davon dass das bedeuten würde, die BRD hätte vor 2015 keine Probleme gehabt, begründet er dies mit Umfragen und den Gefühlen der Menschen, nicht mit Fakten. Auf diese Weise Politik zu machen entspricht dem Muster des im Feuilleton vielgenannten „Postfaktischen Zeitalters.“ Rationalität und gut fundierte Argumente sind im Diskurs weniger wichtig, als die subjektive Wahrnehmung bestimmter Gruppen. Und wenn die Mehrheit in einer Parlamentarischen Demokratie sich wegen einer vermeintlichen Gefahr verängstigt fühlt, die tatsächlich nur sehr gering ist, dann wird trotzdem im Sinne der Mehrheit regiert, anstatt das rational Richtige zu tun und aufzuklären. Indem diese opportunistische Politik betrieben wird, um Wähler zu halten, wird deren falsche Wahrnehmung durch diese Maßnahme noch bestätigt. Dies erfüllt

¹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/interviews/DE/2018/09/rheinische-post.html>

bei vielen Menschen ihr Bedürfnis nach Sicherheit, was in der „Migrationsfrage“ vor allem die Sicherung eines bestimmten Lebensstils meint.

Horst Seehofers Vorschläge und Lieblingsmethoden beinhalten den „nationalen Alleingang“, der mit rigorosen Grenzsicherungen und Auffangzentren, die gleichzeitig Abschiebezentren sind, einen „Dominoeffekt bis zur EU-Außengrenze“ auslösen soll, der „ein Signal setzen“ würde. Dieses „Signal“ soll den Flüchtenden, die in Europa, ob zeitweise oder für immer, eine neue und sichere Heimat suchen, unmissverständlich klar machen, dass sie danach woanders suchen sollen. Diese und weitere Formulierungen sind Beispiele für eine Sprache, die ganz deutlich offenbart, dass Menschen in Horst Seehofers Weltbild mit zweierlei Maß gemessen werden können. Die Flüchtenden scheinen für Horst Seehofer nur eine diffuse, gesichtslose Bedrohung aus Millionen willensloser Invasoren zu sein, die mit dem einzigen Zweck nach Europa kommen, unsere schöne kleine heile Welt zu zerstören. Dass es sich dabei um Individuen, um Personen handelt, mit eigenen Vorstellungen von Glück und mit Menschen, die sie lieben und von denen sie geliebt werde, es sich also um Menschen handelt, die den ganz natürlichen Willen zu leben haben, wird dabei systematisch übergangen, die Flüchtenden werden als Menschen delegitimiert. Doch Flüchtende flüchten in erster Linie nicht irgendwo hin, sondern vor etwas. Die Frage, wer die Flüchtenden sind und warum und woher sie kommen, würde die egozentrische Kleinbürgerlichkeit Europas gerne ausblenden. Doch so ganz kann sie das nicht, denn es gibt auch in Europa zum Glück noch viele Menschen, die es nicht gut finden und nicht schweigen wollen, wenn Menschen hungern müssen, vertrieben werden, keine Möglichkeit haben zur Schule zu gehen oder eine menschenwürdige Arbeit zu finden, die ausgebeutet, gefoltert, vergewaltigt oder getötet werden. Wer in der Lage ist, vor diesen Dingen zu flüchten, der oder dem kann man nicht verdenken, sich in Richtung einer Insel relativen Friedens und vollkommenen Wohlstands und Überflusses auf den Weg zu machen.

Dass Europa so reich ist, hat nicht allein mit einer spezifischen kulturellen Haltung zur Arbeit und dem Konzept des Mehrwertes zu tun, sondern vor allem mit der Tatsache, dass europäische Mächte seit 500 Jahren Gebiete und Menschen in nahezu allen Teilen der Welt besetzt und ausgebeutet haben – und noch weiter, trotz Dekolonisation, ausbeuten. Ob es die Kinder in Afrikanischen Minen sind, die unter widrigsten Bedingungen nach seltenen Erden für Mobilfunkgeräte schürfen oder der Weltkonzern Nestlé in Südafrika, in Äthiopien und anderswo den Menschen das Wasser abpumpt, um es den reichen Menschen dieser Welt als besonders bekömmlich teuer zu verkaufen, obwohl es vielerorts keinen qualitativen Unterschied zum gewöhnlichen Leitungswasser hat, oder ob es der Shell-Konzern ist, der mit der rücksichtslosen Erdölförderung in Nigeria das Nigerdelta zerstört, oder die Näherinnen in Bangladesch und anderen Ländern Südasiens, die für H&M, Primark etc. im Akkord Kleidung produzieren: Vom Reichtum, der in langen Wertschöpfungsketten aus Plantagen, Wäldern, Minen, Meeren und Seen Afrikas, Asiens und Südamerikas über Fabriken, Stahlwerke, Abfällanlagen etc. bis zu uns generiert wird, entfällt ein viel zu geringer Bruchteil auf jene Menschen, welche die größten Beiträge leisten. Davon profitieren vor allem transnational agierenden Konzerne und korrupte Eliten, die Schürff-, Handels- und Transportlizenzen gegen großzügige persönliche Zuwendungen verteilen. Genauso landet ein Großteil der unsäglichen internationalen Entwicklungshilfen auf private Konten. Bei der Bevölkerung kommt nichts an, weswegen auch nichts in öffentliche Infrastruktur investiert werden kann, was zu neuen Perspektiven führen könnte. Steuern werden ebenfalls kaum erhoben, weshalb auch keine politische Teilhabe im Sinne marktwirtschaftlich organisierter Staaten realisiert werden kann. Stattdessen investieren die Führer der afrikanischen Länder in überproportional große Militär- und Polizeiapparate, um die Kontrolle behalten zu können und schmücken sich mit Statussymbolen. So wandern die Millionen aus der globalen Peripherie für Luxusautos und Waffen wieder in die industriellen Zentren zurück – auf der Strecke bleibt die Bevölkerung. Das ist nichts neues, das ist vielleicht

sogar der Zielgruppe von Horst Seehofer klar, aber darauf als Staatsbürger, als Konsument in ausreichendem Umfang zu reagieren, dazu sind die meisten Menschen zu bequem, das Leid der anderen scheint zu weit entfernt, um real fassbar zu sein.

Zu den Tragödien, die sich in Libyen, in der Sahara und auf dem Mittelmeer abspielen und dem Schurkenstück, das mit den Seenotrettern gespielt wird, möchte ich mich aus Rücksicht auf die Textlänge und die Präsenz des Themas in den letzten Monaten nicht zusätzlich äußern.

In Syrien läuft das achte Jahr der Bürgerkrieg, in dem sich langsam aber sicher Herr Assad mit seiner Russischen und Iranischen Hilfe durchsetzt. Sieben Jahre Vertreibung, Folter, Morde, wiederholte Chemiewaffeneinsätze, Zerstörung, religiöse Faschisten, sieben Jahre Flucht. Siebeneinhalb Jahre haben sich die mächtigen Staaten dieser Welt nicht einigen können, menschliches Leben zu schützen. Stattdessen wurde ein perverser Stellvertreterkrieg etabliert, weil an erster Stelle wirtschaftliche Interessen stehen, anstatt einer konsequenten Haltung. Kriegstreiber wie Saudi-Arabien und die Türkei werden von Deutschland mit Waffen beliefert. Und an der Spitze des NATO-Verbündeten steht ein chauvinistischer, patriarchaler und durchgeknallter Irrer, der lieber aus eingefleischtem Hass und Tradition heraus basisdemokratisch organisierte Kurden angreifen lässt, als den IS, und damit offenbart, dass er eine sich durch den Irak und Syrien köpfende faschistische Sekte sympathischer findet, als die nach Unabhängigkeit strebenden Kurden. Trotzdem halten die Offiziellen der BRD, wie erst vergangene Woche der aalglatte Außenminister Heiko Maas bei seinem Antrittsbesuch in der Türkei bewies, zu Erdogan. Auf dessen Agenda stehen Menschenrechtsverletzungen, militärische Operationen auf fremden Staatsgebiet ohne UN-Resolution (in Syrien macht doch eh jeder, was er will), darin enthalten Angriffe auf Zivilisten und schließlich der unverhohlene Umbau einer halbwegs funktionierenden Republik zu einem autoritären und repressiven Führerstaat. Dazu gebärdet Erdogan sich demagogisch so aggressiv, dass Horst Seehofer dagegen wie ein Schuljunge aussieht. Verbale Angriffe auf „die Europäer“, die einem IS oder Al-Quaida-Führer Ehre machen würden, führen in Europa höchstens zu leichten Irritationen. Natürlich dient diese Taktik eher innenpolitischen Zielen. Die türkische Bevölkerung wird auf äußere Feinde eingeschworen, um sie in Einigkeit hinter sich scharen zu können.² Doch das alles scheint nicht so schlimm zu sein, dass in Europa ernsthafte Konsequenzen erwogen werden, nicht beim eigentlich Verbündeten mit der zweitgrößten NATO-Armee (nach den USA) und einem wichtigen Handelspartner. Der Umgang mit Erdogan ist ein Beispiel für den Kern des ganzen Dilemmas: Alle positivistischen Motive, ob sie zusammengefasst als Humanismus, Demokratie, Freiheit oder sonst wie betitelt werden, sie alle stehen hinten an, wenn es um das Wachstum, um den stetig wachsenden Kreislauf von Waren, Gütern und Dienstleistungen auf dieser Welt geht. Das Prinzip des ewigen Wachstums, obwohl in einer materiell endlichen Welt nicht erfüllbar, hat fast alles und jeden im Griff, die Logik des Kapitals ist der Wettbewerb, im Großen wie im Kleinen. So wie jeder einzelne Mensch täglich in Konkurrenz zu anderen stehen soll, so ist es auch mit den Kollektiven, die von Menschen gebildet werden: Vereine, Firmen, Konzerne, Staaten. Der Kapitalismus ist ideal, um in den Menschen das natürliche Begehren nach mehr Besitz wach zu halten, eine durch kulturelle Überformung aktualisierte, abstrakte Form des natürlichen Überlebensstribs. Dieses Streben nach mehr Besitz, dieses „besser sein Wollen“ artikuliert sich in Bezug auf das Kollektiv in Form von Selbstaufwertung und der Abwertung der anderen, des Fremden. Die Identifikation mit dem Kollektiv und das Konkurrenzprinzip des Kapitalismus formulieren einen Imperativ der Ungleichheit.

Die Agglomeration von Kapital in industriellen Zentren, die dazu gehörende Ausbeutung der globalen Peripherie – während Technologien wie die Schifffahrt, die Eisenbahn, der LKW, die Telekommunikation vom Telefon bis zum Internet die Märkte der Welt in den vergangenen Jahrhunderten einander immer näher gebracht haben, potenzierte sich gleichzeitig das Wachstum auf der einen Seite und der

² <https://www.tagesschau.de/ausland/erdogan-575.html>

Raubbau auf der anderen Seite. Mit der zunehmenden Nähe erscheint der Gegensatz noch krasser. Die gleichen Technologien ermöglichen jedoch auch ein erhöhtes Migrationspotenzial. Und dieses Potenzial wird umso mehr freigesetzt, je unhaltbarer die Lebensumstände in der Peripherie werden und je maßloser der Wohlstand in den Zentren wächst. Um es ganz deutlich zu sagen: Ja, die Migration ist ein Problem für mehr oder minder geschlossene soziale Systeme, Systeme, die zur Abschottung neigen, damit sie durch unerwartet hohen Zulauf von Menschen, die in anderen Systemen soziokulturell geprägt wurden, nicht zusammenbrechen. Aber diese Darstellung übersieht, dass diese Systeme, staatenbildende Gesellschaften, nicht autark sind. Sie sind angewiesen auf den stetigen Nachschub von Ressourcen von außen, sie sind angewiesen, einen Teil ihres ökonomischen Überschusses in dieses Außen abfließen zu lassen, wiederum im Austausch für Waren. Es gibt interkulturellen Austausch der eine Grundlage für Innovation in allen Bereichen bildet. Selbstverständlich beeinflussen Ökonomie und Politik diese Systeme untereinander. Das gilt jedoch nicht nur für ausgewählte Aspekte wie den Warenaustausch, sondern für alle Ebenen menschlichen Handelns. Dazu gehört auch die Migration. Dazu gehört ebenfalls, dass der luxuriöse Lebensstil der einen auf der Armut der anderen basiert, was sie zum Teil des Systems macht. Wer diese Zusammenhänge marginalisiert oder negiert, wer diese Ungleichheit hinnimmt, der etabliert eine Logik, nach der die Gleichwertigkeit eines jeden Menschen nicht garantiert werden kann. Die Lösung der aus globalen kulturellen, sozialen und ökonomischen Verflechtungen entstehenden Probleme kann nicht die Abschottung und die Schaffung exklusiver Systeme sein, schon alleine, weil dieser Zustand nicht erreichbar ist. Die Lösung muss sein, die Zusammenhänge als ein großes System zu begreifen und entsprechend zu handeln.

Dass die Migrationsfrage die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land sei, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als haltlose Behauptung eines Menschen, der nicht zu Ende gedacht hat. Aus dem Mund eines Horst Seehofers ist sie allerdings eine wohlgewählte Formulierung, die das um seinen im Laufe von Jahrhunderten auf der ganzen Welt zusammengeklauten Wohlstand fürchtende „Volk“ in die wohlmeinenden Arme der traditionellen „Volksparteien“ zurücktreiben soll – und zwar ganz klassisch und traditionell auf Kosten der von dieser auserwählten Gemeinschaft Ausgeschlossenen. Die Horst Seehofers dieser Erde, oder zumindest die Gaulands, Höckes, Sarrazins (und wie sie alle heißen) dieses Landes, leisten mit Aussagen wie diesen einem gesellschaftlichen Klima Vorschub, in dem Menschen andere Menschen nur noch aufgrund der gleichen kulturellen Eigenschaften, eines ähnlichen Äußeren und der gleichen Herkunft zu erkennen im Stande sind – und dabei keine Skrupel empfinden, trotzdem von Humanität und Menschenrechten zu sprechen. Ein solches gesellschaftliches Klima kann getrost Protofaschismus genannt werden. Zum maßlosen materiellen Wohlstand erlauben sich die oberen 10000 dieses Planeten, die Probleme des Rests, die mit dem eigenen Lebensstil in direktem kausalem Zusammenhang stehen, zu ignorieren. Gleichzeitig werden mit stolzem Gebaren Schlagworte wie Freiheit, Menschenrechte und Demokratie zur abgrenzenden Identitätsstiftung hinausposaunt – was sie zu leeren Worthülsen verkommen lässt. Entsprechend der Wertschöpfungslogik des entfesselten Neoliberalismus, der Durchkommerzialisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und aller Wirtschaftszweige, einschließlich der existenziellen wie beispielsweise der Ernährung, des Wohnens und der Medizin, werden diese leeren Phrasen nach und nach einfach fallen gelassen, denn dem Axiom des ewigen Wachstums sind Parameter wie Humanität und Menschenrechte mindestens egal, eigentlich sogar ein Hindernis. Wenn große Teile der Gesellschaft nach diesem Prinzip leben, kann das „Proto-“ schließlich weggelassen werden. Die Nähe zwischen Kapital und Faschismus war und ist immer vorhanden. Um diese Strukturen als Gefahr ausschließen zu können, bleibt die Überwindung der auf Konkurrenz und Wachstum basierenden Marktwirtschaft ein Hauptziel aller Menschen, die als Individuen in einer Gesellschaft aus freien, gleichberechtigten und emanzipierten Mitgliedern leben möchten.

Was von „Realpolitiker*innen“ euphemistisch als „Fluchtursachenbekämpfung“ bezeichnet wird, kann nicht den Erfolg bringen, der suggeriert wird. Eine Welt der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, in der jede*r genug hat, ist möglich, aber nur ohne den Kapitalismus. Wettbewerb heißt, dass es immer

Verlierer*innen und Gewinner*innen geben muss. Die Idee eines identitätsstiftenden Kollektivs, das stets zwischen dazugehören und fremd sein unterscheidet, muss genauso überwunden werden. Emanzipierte Menschen, die durch Reflexion zur Einsicht gelangen, aus eigenem Willen zusammenarbeiten, benötigen nur zwei entgegengesetzte identitätsstiftende Pole: Erstens den individuelle Identität zu sich selber, als einzigartiges menschliches Wesen, um sich als Persönlichkeit in Bezug zu anderen zu setzen. Zweitens der kollektive Bezug als Mensch, der ein gleichberechtigtes Selbstverständnis zwischen allen Menschen ermöglicht. Dazwischen darf es Nichts geben.

Die Migration ist nicht die Mutter der politischen Probleme, nicht dieses und keines anderen Landes dieser Welt. Als ein Phänomen, das älter ist als jede menschliche Kultur, ist sie sogar eher das Gegenteil eines Problems. In einer Zeit, in der so viele Menschen jedoch in ihrer ungeheuren materiellen Verlustangst auf so starren und überholten Strukturen wie Nationalstaaten und der Vorstellung homogener Kollektive beharren, bleibt die Migration ein deutliches Symptom für das globale Ungleichgewicht. In ihrem enormen Ausmaß ist sie das Ergebnis von Problemen, die von den reichen Ländern ausgehend auf der Erde lasten und unter anderem in dieser Art auf sie zurückfallen. Wer von der stetigen Veränderung und der Komplexität der Welt und des darin eingebetteten eigenen Handelns überfordert ist, sehnt sich nach dauerhafter Ordnung und Struktur, nach einer Routine, die wenig Denken erfordert, denn Denken würde Anstrengung bedeuten. Fremde Menschen als ebenbürtig anzuerkennen, würde Verzicht, würde Teilen bedeuten. Die im Kapitalismus auf Konkurrenz getrimmten Massen bedienen in ihrem hamsterartigen und territorialen Verhalten eher animalische Instinkte, als dem überheblich propagierten Menschenbild zu entsprechen. Übrig bleibt Heuchelei. Menschen wie Horst Seehofer geben diesen Bedürfnissen ein Gesicht und eine Agenda. Als Machtmensch ist Horst Seehofer nicht dumm. Gäbe es eine Mehrheit, die sich für ein anderes Weltbild begeistert, würde er dieses Predigen, auch gegen seine Überzeugung. So erklärt er aber, „die Migrationsfrage“ sei „die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land.“ Das macht ihn zum Vater aller politischen Idioten in diesem Land.

Karl von Karl-Karlsson